

Grenzen des Wohlfahrtsstaates: Migration und Geschlecht ; Tagung am 26. Juni 2009 in Bochum

Knüttel, Katharina; Seeliger, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knüttel, K., & Seeliger, M. (2009). Grenzen des Wohlfahrtsstaates: Migration und Geschlecht ; Tagung am 26. Juni 2009 in Bochum. *GENDER - Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 1(2), 139–145. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-394500>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Katharina Knüttel, Martin Seeliger

Grenzen des Wohlfahrtsstaates: Migration und Geschlecht

Tagung am 26. Juni 2009 in Bochum

Zusammenfassung

„Grenzen des Wohlfahrtsstaates: Migration und Geschlecht“ – so lautete der Titel einer Tagung, die am 26. Juni 2009 an der Ruhr-Universität Bochum vom Lehrstuhl für Soziale Ungleichheit und Geschlecht (Professorin Ilse Lenz) und der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt wurde. Thematisch ging es um die Verteilung von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen und die Rolle des Wohlfahrtsstaates unter besonderer Berücksichtigung der Aspekte Migration und Geschlecht in ihrem Zusammenwirken als Kategorien komplexer sozialer Ungleichheiten. Ziele der von internationalen ForscherInnen vorgestellten Beiträge waren eine analytische Weiterentwicklung und das Aufzeigen neuer politischer Gestaltungsmöglichkeiten.

Schlüsselwörter

Migration, Wohlfahrtsstaat, Intersektionalität, Bildung, Soziale Ungleichheit

Summary

Limits of the Welfare-State: Migration and Gender
Conference on June 26, 2009, Bochum

The conference "Limits of the Welfare-State: Migration and Gender", was held on June 26, 2009, at the Ruhr-University of Bochum, and hosted by the Chair for Social Inequality and Gender (Professor Ilse Lenz) and the Heinrich-Böll-Foundation. It focused the distribution of life chances, procured by the education-system and the labour-marked in connection with the welfare-state and with special regards to the aspects of migration and gender as categories of complex social inequalities. Besides the further development of analytical approaches, a central goal of the contributions made by international scholars was to point out new political scopes for design.

Keywords

Migration, Welfare-State, Intersectionality, Education, Social Inequality

Am 26. Juni 2009 fand an der Ruhr-Universität Bochum die Tagung „Grenzen des Wohlfahrtsstaates: Migration und Geschlecht“ unter Beteiligung von ca. 20 FachvertreterInnen aus Wissenschaft, Politik und Medien, eines engagierten Organisationsteams sowie zahlreicher BesucherInnen statt. Die Veranstaltung wurde vom Lehrstuhl für Soziale Ungleichheit und Geschlecht unter der Leitung von Ilse Lenz und der zugehörigen Marie-Jahoda-Gastprofessur, der Heinrich-Böll-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung und der Research-School der Ruhr-Universität durchgeführt. Zentrales Thema war die Auseinandersetzung mit der Verteilung von Bildungs- und Arbeitsmarktchancen in modernen Gesellschaften und der sich wandelnden Rolle des Wohlfahrtsstaates. Neben der analytischen Betrachtung standen vor allem die kritische Hinterfragung aktueller ‚Politiken der Differenz‘ sowie die Diskussion möglicher alternativer Konzeptionen

im Mittelpunkt. Gleichzeitig gab man sich mit einer ausschließlichen Betrachtung der Zustände in Deutschland nicht zufrieden. So entwickelten einzelne Vorträge eine vergleichende Perspektive auf unterschiedliche europäische Länder, sodass immer wieder Schlaglichter auf Entwicklungen jenseits der nationalen Grenzen geworfen wurden.

Zugespitzt wurde der Fokus der Tagung auf die Verbindung von Bildung und Statuspassage in den Arbeitsmarkt durch eine integrative Sichtweise auf Geschlechter- und Milieuzugehörigkeit sowie die Frage des Migrationshintergrundes. Daher wurde sowohl in der Vorankündigung als auch an zentralen Punkten der Tagung der Topos des katholischen Arbeitermädchens vom Land bemüht, der aktuell als Sinnbild struktureller Benachteiligung bei Bildungs- und Erwerbchancen durch den im sozial benachteiligten Stadtteil ansässigen Jugendlichen mit Migrations- und ohne Bildungshintergrund abgelöst worden sei. Die gemeinsame Klammer der Beiträge – die soziale Platzierungsfunktion von Bildungs- und Erwerbssystem und die damit in Zusammenhang stehende Rolle des Wohlfahrtsstaates unter Berücksichtigung der Dimensionen Ethnizität und Geschlecht – machte die Tagung anschlussfähig an die derzeit nicht mehr nur im Rahmen der Frauen- und Geschlechterforschung geführten Diskussionen zum Konzept der Intersektionalität.

In ihrem Eröffnungsvortrag „Zwischen BürgerInnen und Schattenmenschen: Einschlüsse und Ausschlüsse nach Geschlecht und Migration in Wohlfahrtsstaaten“ griff *Ilse Lenz* kritisch die aktuelle Debatte um ungleichheitsstrukturierende Dimensionen auf. Problematisch erscheine in einer umfassenderen gesellschaftstheoretischen Perspektive das ungeklärte Verhältnis der „Achsen der Differenz“ zur Gesellschaftsstruktur. So dürfe die systematische Betrachtung der Wechselverhältnisse zwischen unterschiedlichen sozialen Kategorien nicht zu einer analytischen Homogenisierung der betreffenden Gruppen führen, da dies das Risiko einer Stereotypisierung beziehungsweise der Reproduktion bestehender Stereotypen berge. Stattdessen sollten – gerade vor einem zeitdiagnostischen Hintergrund, der Prozesse der Individualisierung und Pluralisierung berücksichtigt – auch die Flexibilität der Strukturformen und bestehende Abweichungsmöglichkeiten in den Blick genommen werden. Klassenzugehörigkeit, (etwaiger) Migrationshintergrund und Geschlecht wirkten hierbei als Ausgangspunkte einer Anordnung ungleichheitsgenerierender Mechanismen, innerhalb derer sich dynamische und strukturierte Prozesse von Inklusion und Exklusion vollziehen.¹ Um gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse im sich wandelnden Wohlfahrtsstaat erfassen zu können, schlägt Lenz mit den Formen der Privilegierten Inklusion, der Inklusion, der Marginalisierung und der Exklusion eine Typologie vor, die einen Beitrag zur Transparenz der Diskussion komplexer sozialer Ungleichheiten leisten soll. Indem sie diese Typologie auf die Bereiche des Bildungs- und Erwerbssystems sowie die Frage nach politischer Partizipation bezieht und gleichzeitig auf die Berücksichtigung der Dimensionen Geschlecht, Migration und Milieu verweist, leistet sie einen wertvollen Beitrag für eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Frage nach komplexen sozialen Ungleichheiten in modernen Gesellschaften.

1 So beeinflussten die genannten Kategorien zwar die Spannweite des Rahmens von Handlungsmöglichkeiten für Individuen und Gruppen, determinierten diese hierbei allerdings keinesfalls vollständig. Als Beispiel für die hier skizzierte Mobilitätsdynamik führt Lenz TV-Moderatorin und Millionärsgattin Gülçan Kamps an.

Als derzeitige Inhaberin der Marie-Jahoda-Gastprofessur legte die Politikwissenschaftlerin *Diane Sainsbury* ihren Schwerpunkt auf die Dynamiken der Verteilung sozialer Teilhabechancen im Wohlfahrtsstaat, deren konkrete Ausprägungen im Rahmen einer Wechselwirkung zwischen unterschiedlichen Politikfeldern generiert würden. In ihren Ausführungen orientierte sie sich am – wenigstens für den deutschen Diskurs wohl klassischen – Vergleich zwischen Schweden und Deutschland. Dem Paradigma einer intersektionellen Sichtweise auf die spezifischen Wechselwirkungen unterschiedlicher sozialer Kategorien folgend, betonte *Sainsbury* die gegenseitige Durchdringung von Geschlechter-, Migrations- und Wohlfahrtsregimen innerhalb der beiden nationalen Konstellationen. So führe etwa die nach wie vor stärkere Orientierung am männlichen Ernährermodell in Deutschland zu einer strukturellen Prägung des Politikfeldes, die – anders als in Schweden – Familienzusammenführungen als legitime Form der Einwanderung betrachtet.

Unter dem Titel „Die (Wieder-)Entdeckung der Differenz. Geschlechterpolitik zwischen Gleichheitsansätzen und einer neuen Politik der Ungleichheit“ widmete sich der Dortmunder Soziologe *Michael Meuser* im dritten Vortrag des Tages der Auseinandersetzung mit den die Gender-Politik der letzten Jahre bestimmenden Konzepten des ‚Gender Mainstreamings‘ und des ‚Diversity Managements‘. In einer kritischen Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Diskurskonstellationen innerhalb der beiden Felder identifizierte *Meuser* eine jeweils anders geartete Semantik. So zeichne sich der Gleichstellungsdiskurs des Gender Mainstreamings auf der einen Seite durch eine normativ-gerechtigkeitsorientierte Begründung geschlechterpolitischer Maßnahmen aus, während als legitimatorische Bezugspunkte innerhalb des Feldes Diversity Management in der Regel ökonomische Effizienzkriterien hinzugezogen würden. Den Übergang „vom Ungleichheits- zum Potenzialdiskurs“ und von einer systemischen zu einer individualisierten Perspektive verortete *Meuser* im Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft, in der damit einhergehenden Aufwertung physisch nicht greifbarer Ressourcen und in neuen, durch Subjektivierung und Entgrenzung gekennzeichneten Formen von Erwerbsarbeit. In einem kritischen Abschluss stellte *Meuser* die Frage, inwieweit der gemeinhin als progressiv-inklusiv wahrgenommene Ansatz betrieblicher Diversity-Politik nicht auch gleichzeitig neue, unter Umständen sogar prekärere Exklusionsverhältnisse (re-)produziert. Die Grenzen der Inklusion lägen hierbei vor allem darin, dass nur marktfähige Differenzen als Gegenstand fruchtbarer Implementationspolitiken in Frage kämen. So könne die Verwirtschaftlichung sozialer Ungleichheiten gleichsam zu einer Re-Legitimisierung derselben führen.

Im Anschluss an die makro- und meso-politischen Analysen von *Sainsbury* und *Meuser* rundete der Klagenfurter Kulturwissenschaftler *Erol Yildiz* den ersten Teil der Tagung mit seinem Vortrag „Migration bewegt die Gesellschaft – Migration und Bildung im Zeichen globaler Öffnungsprozesse“ und einer praktischen Perspektive für die interkulturelle Bildungsarbeit ab. Ausgehend von der Kritik an einem gesellschaftlich verankerten „Ausländerdispositiv“ skizzierte er alltagsweltliche Zugänge von Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu integrationspolitischer Praxis. Zwischen offener Diskriminierung und – häufig gut gemeinter – „Veränderung“ forderte er eine alltagsweltorientierte Bildung als Grundlage eines gesellschaftlichen Miteinanders jenseits verfremdender Zuschreibungen und institutionalisierter Ungleichbehandlungen. Multi-

kulturalismus könne demnach nicht auf einer fortwirkenden Differenzierung zwischen leitkultureller Norm und vermeintlich abweichenden Ausprägungen multikultureller Formen basieren, sondern setze vielmehr eine dialogische Integrationspraxis voraus, die Verschiedenheit nicht als Differenzlinie zwischen Mehrheits- und Nischenkultur, sondern als Fundamentalwert einer offenen Gesellschaft voraussetze.

In der zweiten Tagungsphase wurden in zwei Arbeitsgruppen unterschiedliche thematische Schwerpunkte verfolgt. Die Arbeitsgruppe „Chancen in Arbeitsmarkt und Politik“ begann mit *Cinur Ghaderis* Vortrag „Citizenship, Geschlecht und Migration: Wie sehen politisch aktive MigrantInnen den Wohlfahrtsstaat und die Politik?“. Ihr Ausgangspunkt war in Anlehnung an das Konzept der Social Citizenship (Marshall) die kritische Frage nach der politischen Legitimation eines demokratischen Wohlfahrtsstaates, in dem die Partizipationschancen für MigrantInnen beschränkt bleiben. In ihrer auf 20 Tiefeninterviews mit in Deutschland lebenden, politisch aktiven KurdInnen aus dem Irak basierenden Analyse fokussierte sie empirisch fundiert die (Mikro-)Ebene der Subjektbildung, auf der sich ein Anpassungsarrangement im Spannungsfeld äußerer Inklusion und innerer Exklusion nachzeichnen lasse. Grundlage dieser Anpassungsarrangements sei die Double-Bind-Situation, in der sich die AkteurInnen befänden: Trotz Integration bestünden kulturalistische Zuschreibungen. Mit der Partikularisierung der Social Citizenship in „political“ und „cultural belonging“ eröffnete *Ghaderi* eine politische Perspektive, in der die Ideale von Demokratie zu Fragen kultureller Differenz ins Verhältnis gesetzt werden sollten und der Schwerpunkt der sozialen und insbesondere politischen Teilhabe von „ethnos“ zu „demos“ verschoben werden könne. Notwendig hierzu seien sensible Inklusionsstrategien und veränderte Zugangsmechanismen und -schwellen.

Anschließend widmete sich *Anja Hartmann* unter dem Titel „Zwischen Professionalisierung, Regulierung und privatem Engagement: Gesundheitsberufe aus geschlechts- und migrationspezifischer Perspektive“ der ungleichen Teilhabe am Erwerbsleben. Der Gesundheitssektor – beschäftigungsbezogen ein „hidden champion“ in der Entwicklung der letzten Jahre – sei ein in großem Maß geschlechtsspezifisch segregierter Beschäftigungsbereich: Obwohl überwiegend Frauen dort beschäftigt sind und diese auch fast ausschließlich von den Beschäftigungssteigerungen profitieren, befinden sie sich überproportional in Pflege- statt in Arztberufen und sind damit auch sehr viel stärker von belastenden Arbeitsbedingungen betroffen. Allerdings zeichne sich in zweifacher Hinsicht ein Aufbruch der Segregation ab: Zum einen steige der Anteil der Frauen im ärztlichen Bereich („Feminisierung der Medizin“), zum anderen lasse sich ein durch Akademisierung und Professionalisierung in der Tendenz steigendes Ansehen der anderen Gesundheitsberufe ausmachen.² Bei der Betrachtung der Migrationsdimension tritt ein doppelter „Brain-drain“-Effekt zutage: Einerseits steigt der Anteil ausländischer ÄrztInnen in Zusammenhang mit der Migration deutscher ÄrztInnen ins Ausland, andererseits gibt es im privaten Pflegebereich einen steigenden grauen Markt vor allem für osteuropäische Frauen. Mit diesen Aspekten der migrations- und geschlechtsspezifischen Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Gesundheitssektor zeigte *Anja Hartmann* ebenfalls die Verflechtung von Welfare-, Gender- und Migrationsregimen sowie weiteren gesellschaftlichen Strukturkomponenten (beispielsweise die demografische Entwicklung) auf.

2 Hinter diesen Aufbruchsperspektiven blieben allerdings Fragezeichen, da ein „Geschlechtswechsel“ von Berufen mit einem Prestigeverlust einhergehen könne.

In der zeitgleich stattfindenden Arbeitsgruppe „Geschlecht, Migration und Qualifikation in der beruflichen Bildung und der Hochschule“ zielten die beiden Vorträge von *Karin Schittenhelm* und *Anja Weiss* auf die Stellung von MigrantInnen und deren Nachkommen im Bildungs- und Erwerbssystem. In ihrem Beitrag „Bildungs- und Berufslaufbahnen von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund: Ungleichheitsdimensionen und ihre kumulative Wirkung“ entwickelte *Schittenhelm* – ausgehend vom Datenmaterial eines innerhalb der Studiengruppe „Kulturelles Kapital in der Migration“³ angesiedelten Forschungsprojektes – eine Perspektive auf die spezifischen Ungleichheitsverhältnisse in den Statusübergängen der Berufs- und Bildungsverläufe von MigrantInnen aus der Sicht der Lebenslauf- und Biografie-forschung. Für Erfolg im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt käme in diesem Zusammenhang neben dem Migrationshintergrund insbesondere dem Bildungsstand der Eltern eine große Bedeutung zu. Um vor allem die schulischen Leistungen zu verbessern, könnten sich mögliche politische Interventionen etwa auf eine gezielte Sprachförderung richten, um auf diese Weise Verständigungsbarrieren abzubauen und sowohl Lernkompetenzen zu optimieren als auch soziale Integration wahrscheinlicher werden zu lassen.

Unter dem Titel „Hochqualifizierte MigrantInnen und ihre mehrdimensional strukturierte Statuspassage in den Arbeitsmarkt“ führte *Anja Weiss* die Diskussion über den Zusammenhang von Migration, Bildung und Geschlecht mit weiterem Material aus der Forschungsgruppe fort. Aus einer feministischen Perspektive verdeutlichte sie, dass sich die Biografie- und Lebenslaufforschung durch eine Vernachlässigung geschlechtsspezifischer Verteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit in weiten Teilen implizit an einer typisch männlichen Biografie orientiert. Der hier herausgearbeitete Bias ließe sich auch auf die Biografien von MigrantInnen übertragen, da deren Lebensverläufe – gemessen an den in der Forschung verwendeten Leitbildern – ebenfalls als ‚anders‘ erschienen. Die Orientierung an den Lebensverläufen sesshafter StaatsbürgerInnen müsse daher durch eine differenzierte Perspektive erweitert werden. Mittels einer fünf Punkte umfassenden Typologie zeigte sie unterschiedliche Härtegrade der Erschwerung des Zugangs für MigrantInnen zum Erwerbs- und Bildungssystem auf. In einem abschließenden Schritt lieferte sie ein Beispiel für die umfassende Berücksichtigung der verschiedenen Dimensionen im Lebenslauf.

Abgerundet wurden die Vorträge mit einer lebhaften Podiumsdiskussion,⁴ die die praktische und politische Relevanz der vorgestellten wissenschaftlichen Analysen in den Mittelpunkt rückte. Um – dem Rahmen der Tagung entsprechend – möglichst vielfältige Ansichten einfangen zu können, wurde besonderer Wert auf Diskussionsbeiträge aus dem Plenum gelegt und auf dem Podium ein Platz für potenzielle DiskussionsteilnehmerInnen nach dem „Fishbowl“-Prinzip freigehalten. Die vielschichtige Diskussion kann hier nicht im Einzelnen nachgezeichnet werden. Stattdessen werden einige Aspekte herausgegriffen, die an verschiedenen Stellen zur Sprache kamen und einer politischen Praxis als Orientierung dienen können. So wurde vorgeschlagen, dass nicht die Homogenisierung einzelner MigrantInnen oder spezifischer migrantischer Gruppen für politische AkteurInnen eine größere Rolle spielen sollte, sondern die Politikfeld- bzw.

3 Siehe hierzu die Internetseite www.cultural-capital.net.

4 Moderiert von der Journalistin *Cornelia Benninghausen*, TeilnehmerInnen auf dem Podium waren *Leyla Özmal* (Integrationsreferentin und Integrationsbeauftragte der Stadt Duisburg), Professor *Ahmet Toprak* (TU Dortmund), *Markus Kurth* (MdB) sowie *Claudia Menne* (DGB).

Problemzentrierung. In diesem Zusammenhang wurde angemahnt, die Kooperation und Vernetzung von Behörden und Institutionen zu stärken, „Zuständigkeitengerangel“ zu vermeiden und so eine enge Verzahnung unterschiedlicher Kompetenz- und Zuständigkeitsbereiche zu erzielen. Integrationsarbeit müsse sich zudem stärker auf die „Mitte“ der Gesellschaft stützen. Von politischen AkteurInnen und in den Medien identifizierte „Integrationsprobleme“ seien demnach zwar häufig auch Armuts- und Bildungsprobleme, allerdings muss diese Perspektive erweitert werden, um sich nicht in einen diskriminierenden Stereotypisierungsdiskurs einzufügen. Eine latente Diskriminierung finde seitens der Mehrheitsgesellschaft auch gegenüber gebildeten, in den Arbeitsmarkt integrierten MigrantInnen mit guten Sprachkenntnissen statt. Diese würden allerdings weitaus weniger wahrgenommen als das Stereotyp des türkischen, gewalttätigen Hauptschülers aus Berlin-Neukölln, obwohl gerade hier eine Chance liege, Bilder und Repräsentationen von MigrantInnen zu ändern und positive Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Im Anschluss an die Tagung lud die Heinrich-Böll-Stiftung (Nachwuchs-)WissenschaftlerInnen und andere Interessierte zu einem Wissenschaftssalon ein. Aktuelle Chancen und Barrieren für Frauen im Wissenschaftsbetrieb wurden trotz der fortgeschrittenen Tageszeit mit großem Engagement und in angenehmer Atmosphäre diskutiert. Neben *Ilse Lenz* und *Melanie Trommer* beteiligte sich auch die Sprecherin für Wissenschaftspolitik der Fraktion Bündnis90/DieGRÜNEN im Landtag NRW *Ruth Seidl*.

Der Titel „Frauen in der Wissenschaft“ umfasst zwei Aspekte: Einerseits steht nach der erfolgreichen Etablierung zunächst der Frauenforschung und dann der Gender Studies deren zukünftige Entwicklung zur Disposition. Andererseits – und darauf sollte der Schwerpunkt der Debatte liegen – geht es um die Zukunft von Frauen/MigrantInnen innerhalb des gesamten Wissenschaftsbetriebes. Neben aller Kritik an der doppelten Ökonomisierung der Wissenschaft durch den Bologna-Prozess⁵ und das Hochschulfreiheitsgesetz könne die Gleichstellung hier insofern profitieren, als dass Frauen als „Ressource“ erkannt und entsprechend gefördert würden. Beim Frauenanteil weise insbesondere Nordrhein-Westfalen auch heute noch sowohl im Bundes- als auch im internationalen Vergleich eine niedrige Quote auf, was die Frage nahe legt, welche Barrieren den Weg in die Wissenschaft für Frauen erschweren und wie diese zu beseitigen seien. Einigkeit herrschte darüber, dass bei den bestehenden Förderinstrumenten auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet werden sollte, statt neue, nur auf Frauen bezogene Förderungen einzusetzen. Allerdings bestünden Möglichkeiten – zum Beispiel bei Berufungsverfahren –, durch bestimmte Taktiken Gleichstellungsgesetze zu umgehen beziehungsweise zu verhindern, dass überhaupt Situationen auftreten, in denen diese zum Tragen kommen könnten. Im Gegenzug zur These der „Männerbünde“, die sich erfolgreich gegen Nachwuchswissenschaftlerinnen zusammenschließen, lässt sich heute eine Form indirekter Privilegierung durch männlich dominierte Netzwerke vermuten. Insgesamt lasse sich bei den Einstellungsverfahren eine zunehmende Entdramatisierung hinsichtlich der Gleichstellung ausmachen, und zwar sowohl bei den Bewerberinnen, die ihren Geschlechterstatus vernachlässigt sehen wollen, als auch bei denjenigen, die

5 Inwiefern die neue Studienstruktur tatsächlich höheren Leidensdruck der Studierenden durch stärkere Verschulung und weniger Freiheitsgrade aufweise, es sich um eine Selffulfilling Prophecy handele oder zunehmender Druck breiter kontextualisiert und mit weiteren Faktoren zusammenhängend betrachtet werden müsse, wurde kontrovers diskutiert.

die Auswahl zu treffen haben. Nichtsdestotrotz bleibe eine gläserne Decke für Frauen, die einen Aufstieg auf der Karriereleiter verhindere. Mutterschaft ist hier eines der wichtigen Symbole für die Vereinbarkeit einer (Frauen-)Karriere und des Privatlebens vor dem breiteren Hintergrund von immer prekärer und unsicherer verlaufenden wissenschaftlichen Laufbahnen.

Das umfangreiche Programm der Tagung hat eine multidimensionale Sichtweise auf die Ungleichheitsverhältnisse innerhalb moderner westlicher Gesellschaften ermöglicht. Durch den Fokus – die Kategorien Ethnizität und Geschlecht im Zusammenhang mit der Funktionsweise des sich wandelnden Wohlfahrtsstaates – gelang es, die Notwendigkeit der Berücksichtigung unterschiedlicher Aspekte und ihrer spezifischen Wechselwirkungen aufzuzeigen, die eine differenzierte Analyse der Verteilung von Lebenschancen in modernen Gesellschaften erforderlich macht. Bezogen auf den aktuell mit wachsender Intensität geführten Diskurs zur Intersektionalität, der sich gegenwärtig vor allem auf die theoretische Erfassung eben dieser multidimensional verfassten Ungleichheitsverhältnisse fokussiert, konnten die Tagungsbeiträge neben ihrer wissenschaftlich-theoretischen Fundierung vor allem durch ihren unmittelbaren praktischen Bezug überzeugen.

Zur Person

Katharina Knüttel, Dipl. Soz. Wiss., 1979, studierte bis 2009 Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und arbeitet als Lecturer im Bereich Sozialwissenschaftliche Methodenlehre und Statistik. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Körpersoziologie, Sozialtheorie. E-Mail: katharina.knuettel@rub.de

Martin Seeliger, B. A., 1984, studiert im Master-Studiengang Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Arbeitsschwerpunkte: Gender Studies, Arbeits-, Wirtschafts- und Migrationssoziologie. E-Mail: martin.seeliger@gmx.net